

Stadt Heidelberg

AntragNr.:
0 0 3 7 / 2 0 2 4 / A N

Antragsteller: GAL/FWV
Antragsdatum: 06.03.2024

Federführung:
Dezernat II, Hochbauamt

Beteiligung:

Betreff:

Kindertagesstätte Hardtstraße

Antrag

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 18. Oktober 2024

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Beratungsergebnis:	Handzeichen:
Gemeinderat	02.05.2024	Ö		
Bezirksbeirat Kirchheim	18.07.2024	Ö		
Stadtentwicklungs- und Bauausschuss	24.09.2024	Ö		
Gemeinderat	17.10.2024	Ö		

Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1

Sitzung des Gemeinderates vom 02.05.2024

Ergebnis: verwiesen in den Bezirksbeirat

Sitzung des Bezirksbeirates Kirchheim vom 18.07.2024

Ergebnis: Antrag wurde behandelt

Sitzung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses vom 24.09.2024

Ergebnis: behandelt

Sitzung des Gemeinderates vom 17.10.2024

Ergebnis: Antrag wurde behandelt

Antrag Nr.: 0037/2024/AN

Briefkopf des Antragstellers:

**Arbeitsgemeinschaft
Grün-Alternative Liste Heidelberg
Freie Wähler Heidelberg**



Judith Marggraf
Michael Pfeiffer
Frank Beisel

Heidelberg, 06.03.2024

Tagesordnungspunkt Gemeinderat

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister

für die nächste Sitzung des Gemeinderats beantragen die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner gemäß § 18 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Heidelberg die Aufnahme des Tagesordnungspunktes

Kindertagesstätte Hardtstraße

Die Verwaltung informiert in der nächsten Sitzung den Bezirksbeirat Kirchheim sowie die zuständigen Ausschüsse über die Planungen zum Neubau Kita Hardtstraße.

Begründung:

Nach Fertigstellung der Kita Stettiner Straße ist geplant, die Kita Hardtstraße abzureißen und neu zu bauen. Hierzu wurde bereits 2023 ein völlig unzureichender Plan dem Bezirksbeirat Kirchheim vorgelegt, der mit großer Wahrscheinlichkeit auch nicht dem von der Verwaltung tatsächlich geplanten Standort entspricht. Bevor die Verwaltung in die konkrete Planung über den genauen Standort geht, muss der Bezirksbeirat und der Gemeinderat umfänglich über die Standortplanung informiert werden, um nicht wieder mit vollendeten und nicht veränderbaren Planungen konfrontiert zu werden.

gezeichnet Arbeitsgemeinschaft GAL/FWV